

Gemeinsam Demokratie stärken, gemeinsam Werte leben –

Stellungnahme der Migrant*innenorganisationen
zum 10. Nationalen Integrationsgipfel am 13. Juni 2018

I. Einleitung

Wir, die Vertreter*innen der unterzeichnenden Migrant*innenorganisationen, verstehen uns als Kräfte der Gestaltung des Gemeinwesens und eines respektvollen und friedlichen Zusammenlebens in Deutschland. Migrant*innenorganisationen bilden zugleich das kollektive Gedächtnis von Migration, von Ankommen und „heimisch“ werden und den damit verbundenen Schwierigkeiten und Chancen.

Hinter dem Begriff Migrant*innenorganisationen stehen unterschiedliche Vereinigungsformen und Strukturen. Dazu gehören Community-bezogene oder ethnische Zusammenschlüsse ebenso wie sprach- und herkunftsübergreifende, säkular ausgerichtete Verbände und Dachverbände auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene sowie Frauenvertretungen, Fachverbände und Neue Deutsche Organisationen.

Das Fundament unseres Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft ist das Grundgesetz. Es gilt, die darin verankerten Rechte und Werte zu kennen, bewusst wahrzunehmen und umzusetzen und, darauf aufbauend, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu verwirklichen. Dabei ist gleichwertige Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben eine zentrale Voraussetzung für eine gemeinsame Stärkung der Demokratie.

In diesem Kontext sehen wir erheblichen Handlungsbedarf und die Notwendigkeit eines wirksamen „Teilhabe-Monitorings“. Wir müssen an diesen Prozessen verbindlich beteiligt werden, um unserer Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung unserer Einwanderungsgesellschaft gerecht zu werden. Daher nutzen wir den Integrationsgipfel als Plattform, um gemeinsam Bilanz zu ziehen und den Weg für die Zukunft zu weisen.

II. Gemeinsame Werte und Demokratie

Die Werte unserer Gesellschaft basieren auf den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten, die im Grundrechteabschnitt des Grundgesetzes festgehalten sind. Sie bilden das Fundament des gesellschaftlichen Zusammenlebens und definieren persönliche Freiheiten und Grenzen, die für jede*n ausnahmslos gelten. Dabei machen sie an vermeintlichen kulturellen Grenzen nicht halt.

In unserer pluralen Gesellschaft leben Menschen mit verschiedenen Weltanschauungen und Lebensentwürfen, mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen, in unterschiedlichen Konstellationen von Familie und Partnerschaft zusammen. Als Migrant*innenorganisationen wenden wir uns ausdrücklich gegen *jede* Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, egal von welcher Seite sie kommt – das gilt für alle. Wir erklären uns solidarisch mit allen von Diskriminierung Betroffenen.

Immer wieder zeichnet sich im öffentlichen Diskurs die Gefahr ab, dass Wertediskussionen von Redner*innen vereinnahmt werden, die sich gegen eine pluralistische Gesellschaft aussprechen. Die Diskussion um Werte darf nicht denen überlassen werden, die sich am lautesten äußern. Stattdessen sollten wir immer wieder deutlich machen, was die Grundlage einer Wertedebatte ist.

Aktuelle Entwicklungen wie das Erstarken rechtspopulistischer bis faschistischer Bewegungen, die zahlreichen Angriffe auf Demokrat*innen, auf Unterkünfte für Geflüchtete in den letzten Jahren, antisemitische und antimuslimische Vorfälle sowie die rassistischen und sexistischen Narrative in öffentlichen Debatten zeigen nachdrücklich: Die Werte unserer pluralen Gesellschaft sind nicht selbstverständlich. Vielfalt muss aktiv gestaltet und verteidigt werden.

III. Wir in der Einwanderungsgesellschaft

Es ist die Gunst der Stunde, die uns die Erweiterung des Innenministeriums um den Bereich „Heimat“ bietet, die Begriffe *Heimat* und *wir* so zu definieren, dass sie unseren freiheitlich-demokratischen Werten gerecht werden. Denn *wir*, die Bevölkerung Deutschlands, sind vielfältig, und ein gemeinsamer Heimat-Begriff muss dieser Vielfalt Rechnung tragen.

Wir sind über 80 Millionen Bundesbürger*innen mit oder ohne Migrationsgeschichte, mit oder ohne deutschen Pass. *Wir* sind Nachbarn*innen, Partner*innen, Schulfreund*innen. *Wir* sind Einwohner*innen der neuen und alten Bundesländer. *Wir* sind Arbeitnehmer*innen, Arbeitgeber*innen oder auch arbeitssuchend. *Wir* sind mehr oder weniger gläubig. *Wir* sind Teil der LGBTQI* Community. *Wir* engagieren uns ehrenamtlich, *wir* sind Zivilgesellschaft und *wir* wollen gemeinsam Demokratie leben.

So vielfältig *wir* auch sind, diese Vielfalt spiegelt sich nicht in der Legislative, Judikative und Exekutive. Nicht in Verwaltung und Politik, in der Wohlfahrtspflege, in den Chefetagen, nicht in den Medien. *Wir* sind in Kitas und Klassenzimmern, sitzen aber nicht oft am Lehrer*innenpult, in der Erzieher*innenrolle oder haben einen Lehrstuhl an einer Universität.

Demokratie bedeutet auch die gleichberechtigte Möglichkeit, unsere Gesellschaft zu gestalten. Deshalb lässt sich nicht leugnen: *Wir* haben ein Repräsentationsdefizit. An diesem muss als Querschnittsaufgabe auf allen föderalen Ebenen gearbeitet werden. Migrant*innenorganisationen sind Akteure, und zwar nicht nur in Themen der „Integration“, sondern in allen politischen Bereichen. Als solche müssen wir wahrgenommen werden – vom Innenministerium und allen anderen Ressorts. Die Einwanderungsgesellschaft ist längst Realität und das muss sich auch in unserer Rechtsgebung widerspiegeln – bis in die höchste Gesetzesebene.

IV. Forderungen

Viele Migrant*innenorganisationen leisten seit Jahrzehnten einen erheblichen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Integration und Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft. Als Ansprechpartner in der Kommune, auf der Landesebene oder im Bund sind sie zuverlässige Akteure der Zivilgesellschaft.

Stärkung der Beteiligung von Migrant*innenorganisationen durch Strukturförderung in Bund, Land und Kommunen

Die Perspektiven der Migrant*innen-Communities fehlen in vielen Planungsprozessen. Immer stärker arbeiten Migrant*innenorganisationen herkunftsübergreifend auf der Landes- und Bundes-, aber vor allem auf kommunaler Ebene zusammen, wo sie z.B. lokale Verbände bilden. Um ihre Rolle als Interessenvertretungen einer wachsenden Bevölkerungsgruppe effektiv umsetzen zu können, benötigen Migrant*innenorganisationen angemessene Ressourcen auf allen föderalen Ebenen. Das Ziel muss eine Gleichbehandlung mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften sein. Um den strukturellen Rückstand auf diese einzuholen, ist eine Möglichkeit zu schaffen, sich um eine angemessene Förderung zum Strukturaufbau bewerben zu können, damit die dafür geeigneten Organisationen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden können.

Teilhabe-Monitoring und Menschenrechtsbildung

Der Integrationsgipfel muss in Zukunft genutzt werden, um Entwicklungsziele in den genannten Bereichen zu formulieren und deren Erreichungsgrad mithilfe eines Teilhabe-Monitorings jährlich neu zu bewerten. Dazu ist eine Konsultation der Migrant*innenorganisationen und eine regelmäßige Beratung mit ihnen erforderlich.

An die Ergebnisse des Monitorings anknüpfend müssen Maßnahmen der Menschenrechtsbildung und politischen Bildung für alle erfolgen. Hier sollen Migrant*innenorganisationen mit ihrer Expertise zur Sensibilisierung der Mehrheitsbevölkerung und auch innerhalb der migrantischen Communities mehr Verantwortung übernehmen.

Antidiskriminierungspolitik

Die Gleichbehandlung von Menschen ist kein Minderheitenprivileg, sondern Kernstück emanzipierter und demokratischer Gesellschaften. Denn Diskriminierung kann jeden Menschen treffen. Personengruppen mit Mehrfach-Zugehörigkeiten – z.B. Frau, zugewandert, muslimisch, lesbisch – sind jedoch in besonderem Maße betroffen und benötigen daher besonderen Schutz. Um dies zu gewährleisten, bedarf es einer Novellierung des Antidiskriminierungsgesetzes (AGG). Zudem ist der Ausbau wirksamer Maßnahmen gegen Diskriminierung und Rassismus auf operativer Ebene notwendig. Als Migrant*innenorganisationen müssen wir uns sowohl bei der Gesetzesänderung als auch bei der Entwicklung passender Maßnahmen mit unserer Expertise einbringen. Zudem ist die vollständige Umsetzung der Erklärung und des Aktionsplans von Durban und der UN-Dekade für Menschen mit afrikanischen Vorfahren dringend notwendig.

Demokratie stärken heißt, sich konsequent gemeinsam gegen Rassismus und strukturelle Diskriminierung zu wenden, denn Diskriminierung bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt massiv.

Partizipationsgesetz und Partizipationsrat

Um gesellschaftliche Ausgrenzung abzubauen, muss Migrant*innen die gleichberechtigte Teilhabe in den Städten und Kommunen verbindlich zugesichert werden. Auch bedarf es einer interkulturellen Öffnung von Verwaltung und staatlichen Institutionen. Hierfür benötigen wir ein Partizipations- und Teilhabegesetz.

Außerdem soll auf gesetzlicher Grundlage ein Partizipationsrat für die Einwanderungsgesellschaft gebildet werden, bestehend aus Expert*innen und angesiedelt beim Bundestag, zur Beratung von Bundestag und Bundesregierung bei der Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft.

Menschen- und Grundrechte für Geflüchtete

Der deutsche Staat ist verpflichtet, die Menschen- und Grundrechte aller Menschen gleich welchen Geschlechts, welcher Abstammung, welchen Glaubens zu wahren. Dies ist für Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte nicht immer gewährleistet. So steht zum Beispiel die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige dem besonderen Schutz der Familie (Art. 6 GG) entgegen. Wir fordern auf der Basis des Grundgesetzes als unserem gemeinsamen Wert, dass subsidiäre Schutzberechtigte ihre engsten Familienangehörigen nachholen können.

Ein anderes Beispiel ist die Unterbringung geflüchteter Menschen in Gemeinschaftsunterkünften. Hier kann es durch räumliche und organisatorische Missstände zu Menschen- und Grundrechtsverletzungen kommen. Anstelle der geplanten Einrichtung sogenannter Anker-Zentren, in denen eine Großzahl geflüchteter Menschen auf engstem Raum untergebracht werden soll, fordern wir die dezentrale Unterbringung in Wohnungen oder Wohngemeinschaften. Hier können geflüchtete Menschen geschützt leben, den Zugang zu unabhängiger rechtlicher Beratung wahrnehmen und ihre Teilhabe in Deutschland von Anfang an voranbringen.

Redaktionsgruppe:

Michael Allimadi, Vereinigung Mandatsträger*innen Afrikanischer Abstammung

Dr. Delal Atmaca, Dachverband der Migrantinnenorganisationen (DaMigra e.V.)

Breschkai Ferhad, Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen

Marianne Ballé Moudounbou, Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildung und Teilhabe e.V. / Pan-African Women's Empowerment & Liberation Organisation

Marta Neüff, Polnischer Sozialrat

Maria Oikonomidou, Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen

Galina Ortmann, Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat

Cihan Sinanoglu, Türkische Gemeinde in Deutschland

Unterzeichnende Organisationen:

